

Zeitung zum Revolutionären 1. Mai 2010

Revolutionäre Aktion Stuttgart

www.revolutionaere-aktion.tk



Klassenkampf

Soziale Kämpfe organisieren und ausweiten **1**

Antimilitarismus

Gemeinsam gegen imperialistische Kriege und Aufrüstung **3**

International

Über Protest und Widerstand in Griechenland **4**

Antifaschismus & Repression

Zum Verfahren gegen sieben Antifas aus Stuttgart **5**

Organisierung

Für einen revolutionären Aufbauprozess **7**

In allen Teilen der Welt gehen am 1. Mai Millionen auf die Straße um eine Perspektive jenseits des kapitalistischen Ausbeutungs- und Unterdrückungssystems zu propagieren. Dabei eint sie die Erkenntnis, dass eine Alternative zu diesem System, zu Kriegen und der Zerstörung der Natur für Profite, entfremdeten Lohnarbeitsverhältnissen und der Ausrichtung jeder Facette des täglichen Lebens nach Kapitalinteressen, möglich und nötig ist. Gerade in Zeiten der weltweiten Krise dieses Systems, in denen sein destruktiver Charakter umso deutlicher zu Tage tritt, gilt es deutlich zu machen: Nicht dem Kapitalismus darf die Zukunft gehören, sondern einer kommunistischen Gesellschaftsordnung die auf Solidarität und dem gemeinsamen Handeln aller aufbaut, in der kein Bedarf und kein Platz für Konkurrenzkampf, Rassismus und patriarchale Unterdrückung ist.

Diese Zeitung greift die 1. Mai Mobilisierung auf und behandelt darin einige zentrale Themen um zur Stärkung linker und revolutionärer Politik im allgemeinen und der nächsten Aktivitäten beizutragen.

Für Solidarität und Klassenkampf

Das globale kapitalistische System hat nie ohne die stetige Entrechtung, Ausbeutung und Verarmung von einem Großteil der Menschen weltweit existiert. Ob die Arbeiterinnen in Asien in den Billiglohnfabriken der führenden Kleidungskonzerne, die Menschen in Afrika, deren Länder durch die Plünderung der Rohstoffe von Großkonzernen ins Chaos gestürzt werden oder die Bauern in Lateinamerika die von Großgrundbesitzern mit Hilfe des vom Westen aufgerüsteten Militärs von ihren Ländereien vertrieben werden – ihnen waren Begriffe wie „Sozialpartnerschaft“ schon immer fremd. Langsam aber stetig wurden und werden die Folgen dieses Systems aber auch in den kapitalistischen Zentren Westeuropa, USA und Japan für immer mehr Menschen verstärkt spürbar. Privatisierungen, Kürzungen bei Sozialleistungen, bei Bildung, Kultur und im Gesundheitswesen, Erhöhung des Rentenalters, zunehmend prekäre Beschäftigungsverhältnisse, steigende Kosten für Mieten, Energie und Mobilität, sowie sinkende Löhne und steigende Erwerbslosigkeit prägen hier die politische und wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre. Der Schein, dieses System sei dennoch unter Kontrolle zu halten und würde zumindest in seinen Grundzügen funktionieren, schwindet mit der sich seit dem ver-

gangenen Jahr zuspitzenden ökonomischen Krise immer weiter.

Die aktuelle Situation in der BRD wird neben diesem Klassenkampf von oben natürlich auch durch zahlreiche weitere, direkt und indirekt damit zusammenhängende, Aspekte gekennzeichnet: die innere und äußere Aufrüstung, das Erstarren rechter Positionen, eine rassistische Flüchtlingspolitik, die Desinformation der bürgerlichen Medien und mehr. Die Verschärfung des Klassenwiderspruchs ist jedoch von zentraler Bedeutung und soll daher im folgenden Thema sein. Die gesellschaftlichen Konflikte, Protestaktionen und Kämpfe finden zunehmend in Bereichen statt, in denen der Widerspruch zwischen Kapitalistenklasse und bürgerlichem Staat auf der einen Seite und der großen Mehrheit der Bevölkerung, ArbeiterInnen, SchülerInnen und Studierenden auf der anderen Seite, sichtbar wird. Diese Konfrontation birgt ein ganz anderes Potential in sich als auf einen Bereich beschränkte Bewegungen oder politische Widerstandskämpfe. Nicht dieser oder jener politische Anspruch, sei es gegen Atomkraft, gegen Nazis oder für Abrüstung ist in diesem Fall das was die Menschen zusammenbringt, sondern das Eintreten für die gemeinsamen Interessen Aller, gegen die sich die Angriffe von Staat und Kapital richten. Die Spaltung in Beschäftigte der verschiedenen Unternehmen und Sparten, in RentnerInnen, Erwerbslose, prekär



Beschäftigte und tariflich Abgesicherte, in Männer und Frauen, Deutsche und MigrantInnen, kann in den gemeinsamen Kämpfen überwunden werden. Die gemeinsame Praxis, etwa bei Streiks oder Besetzungen von Unis und Betrieben bringt neue Erfahrungen und zeigt sowohl die Stärke, als auch noch vorhandene Unzulänglichkeiten auf. In ihnen können Solidarität, Klassenbewusstsein und Organisationsansätze entwickelt werden. An diesen Grundlagen kann und muss eine Perspektive die über einzelne Veränderungen im Kapitalismus hinaus weist ansetzen, will sie nicht lediglich als ein wünschenswertes aber abstraktes Ziel erscheinen.

Verschiedene Aktivitäten der letzten Jahre haben bereits die richtige Richtung aufgezeigt. Bei mehreren Demonstrationen gingen Hunderttausende gegen die aktuelle Politik auf die Straße, bei Bildungsprotesten beteiligten sich Menschen aus verschiedenen Bereichen und es gab eine breite Solidarität bei Arbeitskämpfen und Betriebsbesetzungen. Dazu kommen die verschiedenen lokalen Aktivitäten und Bündnisse in zahlreichen Städten im Rahmen der bundesweiten Vernetzung „Wir zahlen nicht für eure Krise“. Bei einigen Mobilisierungen gelang es, verschiedene Bewegungen zusammen zu bringen: Umweltschutz und Antimilitarismus wurden ebenso thematisiert wie die Arbeitskämpfe in einzelnen Betrieben und die Bildungsproteste. Auch haben sich die verschiedenen linken Strömungen auf ihre Gemeinsamkeiten konzentriert und zusammengearbeitet. Es wurden aber auch Probleme und Mängel sichtbar. So gelang es bisher kaum für eine wirkliche Kontinuität zu sorgen und längerfristige Strukturen zu etablieren. Die Beteiligung an den Kämpfen und Protestaktionen nahm teilweise wieder ab und die Tendenz, dass immer wieder Kompromisse eingegangen werden und Tarifverhandlungen nach wie vor mit Zugeständnissen ans Kapital enden, konnte nicht gebrochen werden. Die Politik der Gewerkschaftsspitzen und der Sozialdemokratie, lediglich einzelne Auswüchse des Kapitalismus zu kritisieren, faktisch aber weder das System in Frage zu stellen, noch die Interessen des Kapitals anzutasten erfährt weiterhin breite Akzeptanz. All das macht deutlich, dass sich Fortschritte, auch in Zeiten in denen sich die gesellschaftlichen Widersprüche zuspitzen, nicht von alleine ergeben.

Es bleibt die Frage, wie die revolutionäre Linke in der aktuellen Situation zu han-

deln hat. Bei vielen AktivistInnen werden Aktivitäten bei denen es vordergründig um höhere Löhne, gesicherte Arbeitsverhältnisse oder eine soziale Absicherung geht, als relativ bedeutungslos angesehen. Die Herangehensweisen einiger der sich als revolutionär und antikapitalistisch begreifenden Strömungen zu den neuen Protestbewegungen und Arbeitskämpfen können lediglich als Negativ-Beispiele dienen. Einige sind weiterhin auf die übliche Szenepolitik beschränkt und nehmen kaum etwas wahr, das sich außerhalb von Antifa-Politik oder Freiraumdemos abspielt. „Besonders radikale“ AktivistInnen wiederum sehen in Arbeitskämpfen und Sozialprotesten allenfalls eine verkürzte Kapitalismuskritik oder systemkonforme Verteilungskämpfe. Einen Schritt weiter gehen immerhin diejenigen Gruppen, die sich an den Protesten beteiligen, dort jedoch nicht die Gemeinsamkeiten suchen, sich aktiv einbringen, die Proteste voranbringen und radikalieren, sondern sich stattdessen darin abgrenzen. Die Gewerkschaften etwa werden von ihnen nicht als Organisationen begriffen, die zumindest Ansätze und Möglichkeiten zur Organisation enthalten und in denen es darum geht, um die richtige Methode und Stoßrichtung zu kämpfen, sondern ausschließlich als Apparate die dem Kapital zur Befriedung von Konflikten dienen. Gewerkschaften werden daher ebenso wie die Linkspartei, als vermeintlich ausschließlich reformistisches Projekt, eher als Gegner denn als Verbündete angesehen. Dieser radikalistischen Herangehensweise stehen wiederum die gegenüber, die sich innerhalb der Protestaktionen lediglich anpassen, die niemanden mit radikalen Forderungen verschrecken wollen und kämpferische Aktionsformen ablehnen oder gar bekämpfen.

Wir gehen davon aus, dass sich mit der objektiven Entwicklung innerhalb der BRD, mit dem weiteren Auseinanderklaffen der Schere zwischen arm und reich, den Angriffen auf die gewohnten Lebensstandards und der Verschärfung der Ausbeutung, wichtige Möglichkeiten und Notwendigkeiten für die revolutionären Kräfte ergeben. Den genannten Herangehensweisen setzen wir andere Analysen und Konzepte entgegen: Die Aktivitäten in Betrieben, Schulen, Unis und auf der Straße müssen als mögliche erste Schritte hin zu wirklicher Selbstorganisation und der Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse begriffen werden. Nicht ihre Beschränktheit, sondern ihre richtige Stoßrichtung ist in den Mittelpunkt zu stellen. Die Klassenkämpfe setzen nicht nur unmittelbare Forderungen auf die Tagesordnung, son-

dern helfen uns die Vereinzelung und damit unsere Schwäche zu überwinden. Es gilt zu begreifen, dass das selbstständige Handeln und Organisieren der Klasse der Lohnabhängigen, ihr Sammeln konkreter Erfahrungen und Kampfbereitschaft mehr Grundlage für eine Überwindung des Kapitalismus ist, als noch so viele in Flugblättern und Broschüren niedergeschriebene Lippenbekenntnisse. Dementsprechend ist es die Aufgabe derjenigen, die sich bereits im Klaren darüber sind, dass es um mehr geht, die Protestaktionen nicht einfach zu kritisieren oder durch Grabenkämpfe zu schwächen, sondern aktiv weiter zu entwickeln. Mag es dort auch komplizierter und (noch) weniger kämpferisch zugehen als in politischen Kampagnen, mögen sich auch Widersprüche mit anderen dort aktiven Kräften auftun, es gilt sich anzustrengen um die Aktionen zu radikalieren und auszuweiten. Eine klare kommunistische Positionierung, die Thematisierung weiterer Konfliktfelder und eine militante Praxis darf dabei nicht ausgeschlossen werden, sondern muss vielmehr an den gemeinsamen Kämpfen ansetzen. Die Selbstbezogenheit der revolutionären Linken muss einem Verständnis realer gesellschaftlicher Begebenheiten, der Bereitschaft von anderen zu lernen und dem Herausstellen von Gemeinsamkeiten weichen. Die Isolation antikapitalistischer Positionen kann und muss in gemeinsamen Kämpfen überwunden werden. Der notwendige Aufbau von Strukturen in einzelnen Bereichen und langfristig auch einer revolutionären kommunistischen Organisation werden durch die Beteiligung an breiten Bündnissen und die Zusammenarbeit mit anderen linken Kräften nicht relativiert oder ersetzt – dieser Aufbauprozess stellt vielmehr sogar die Grundlage dar um tatsächlich effektiv in diesen Feldern arbeiten zu können.

Wir rufen dazu auf, die zahlreichen Streikaktionen, Bildungsproteste und andere Kämpfe zu unterstützen, zu organisieren und weiter zu entwickeln. Positionen die über die kapitalistischen Verhältnisse hinaus weisen und Aktionsformen die den üblichen Rahmen verlassen sind als Teil der Protestaktionen zu thematisieren und zu organisieren. Spaltungsversuchen ist entgegen zu wirken und die gemeinsamen Ziele sind anstelle der Differenzen als Grundlage für die Zusammenarbeit heranzuziehen.

Gemeinsam streiken, besetzen, organisieren!

Am Samstag, den 12. Juni gilt: Raus auf die Straße! Von den Gruppen und AktivistInnen des Bündnisses „Wir zahlen nicht für eure Krise“ werden in Stuttgart und Berlin zwei zentrale Großdemonstrationen organisiert. Sie sollen an den jüngsten Mobilisierungen, an denen sich zehntausende Menschen beteiligt haben, gegen die aktuelle Politik und für eine solidarische und ökologische Perspektive, anknüpfen.

Achtet auf weitere Ankündigungen und beteiligt Euch an der Mobilisierung!



Den Widerstand gegen Krieg und Aufrüstung organisieren Antimilitaristische Strukturen aufbauen!



Vor elf Jahren hat eine deutsche Armee mit dem Krieg gegen Jugoslawien zum ersten Mal seit dem 2. Weltkrieg wieder ein anderes Land angegriffen. Heute ist die Bundeswehr bereits in zehn Regionen weltweit im Einsatz. Ihr einstiger Auftrag, der unter dem Begriff „Verteidigung“ lief, wurde durch den der „Sicherheit“ ersetzt, gemeint ist wohl: „Sicherheit“ für das deutsche Kapital im Hinblick auf den Zugang zu Rohstoffen und Märkten und „Sicherheit“ für das deutsche Kapital im Hinblick auf das militärische Vorgehen gegen unkooperative Regierungen und soziale Gruppen.

Dass deutsche Soldaten in immer mehr Regionen der Welt morden und sterben ist nur ein Teil einer Entwicklung, in der Kriegseinsätze etabliert, militaristische Traditionen gepflegt und immer mehr Ressourcen für Rüstungsgüter verwendet werden.

Krieg und Terror

Auch wenn der Großteil der Bevölkerung hier den Krieg in Afghanistan ablehnt und diese Ablehnung trotz der Kriegspropaganda von bürgerlichen Parteien und Medien wächst, ist ein baldiger Abzug der deutschen Soldaten nicht geplant. Vom versprochenen Wohlstand für die afghanische Bevölkerung, von Demokratisierung, einem Ende der Zerstörung des Landes und dessen Wiederaufbau ist nichts zu sehen. Stattdessen nehmen Bombardierungen und Kämpfe zu. Auch werden die Gräben zwischen den Gegnern der Besatzung und den Kollaborateuren tiefer, was auch auf lange Sicht zu Kämpfen und einer Destabilisierung führen wird. Religiös-fundamentalistische Gruppen erhalten weiter Zulauf.

Wer dennoch immer noch behauptet, dass Krieg und Besatzung die Grundlage für bessere Lebensumstände sind, ist entweder dumm oder verfolgt eigene Interessen. Die Kriegseinsätze werden aus wirtschaftlichen und politischen Interessen heraus geführt und sind Teil des kapitalistischen Systems und seiner Profit- und Verwertungslogik. Sie sind Terror und befördern weiteren Terror. Es gibt nur eine Antwort darauf: Abzug aller Besatzungstruppen, Unterstützung der fortschrittlichen politischen Kräfte und Ent-

schädigung in Form von tatsächlichem Wiederaufbau!

Beihilfe zum Massenmord

Der deutsche Rüstungsexport hat sich in den vergangenen fünf Jahren mehr als verdoppelt. Die BRD steht nun an dritter Stelle nach den USA und Russland was den Export von Kriegsgeräten angeht. Unter dem Vorwand damit „Arbeitsplätze zu schaffen“ verdienen deutsche Konzerne Milliarden durch Produktion und Verkauf von Waffen.

Wenn das im Kapitalismus auch als normal gelten mag, nach unseren Maßstäben sind die Unternehmen die sich damit an massenhaften Morden und Verstümmelungen schuldig machen umgehend zu enteignen, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und die Produktion auf zivile Güter umzustellen!

Militarisierung der Gesellschaft

Durch Werbeveranstaltungen an Schulen und bei öffentlichen Festen, durch die Präsenz in Fernsehsendungen, die Einrichtung von Verbindungskommandos, die baden-württembergische Kooperationsvereinbarung zwischen Bundeswehr und dem Bildungsministerium und weiteren Maßnahmen soll eine gesellschaftliche Akzeptanz für Krieg und Militarismus geschaffen werden. Ein Job bei der Bundeswehr, der Mördertruppe für das deutsche Kapital, Aufrüstung, militärische Angriffe und Besatzung sollen als normal gelten.

Dieser Entwicklung gilt es entgegenzutreten und militaristische Werbung in jeder Form zu verhindern!

Krieg nach innen

Bereits heute wird die Bundeswehr immer wieder im inneren eingesetzt. Bei den Pro-

testen gegen den G8 Gipfel 2007 in Heiligen-damm und gegen das Nato-Treffen 2009 in Straßburg und Kehl leistete sie etwa logistische Unterstützung beim Vorgehen gegen die Protestaktionen. Bei der jährlichen Nato-Sicherheitskonferenz in München schützt sie regelmäßig die Kriegstreiber bei ihren Treffen. Es ist offensichtlich, dass eine Ausweitung der Inlandseinsätze des Militärs geplant sind, bei Übungen wird bereits das Vorgehen gegen Demonstrationen und Aufstände geplant. Diese Entwicklung geht einher mit Gesetzesverschärfungen und weiteren Befugnissen für Geheimdienste und Polizei. Setzen wir der inneren Aufrüstung unsere Solidarität und unseren Widerstand entgegen!

Antimilitaristischen Widerstand organisieren! Der Kampf gegen Aufrüstung und Militarisierung, gegen die Einsätze der Bundeswehr und gegen die Beteiligung an Kriegsbindnissen wie der Nato ist praktische internationale Solidarität. Er ist aber auch notwendig um die Entwicklung hier hin zu einer durch und durch militarisierten und repressiven Gesellschaftsordnung aufzuhalten. Zahlreiche Aktivitäten in den letzten Monaten und Jahren haben deutlich gemacht, dass der antimilitaristische Widerstand möglich und erfolgreich sein kann: Kampagnen wie gegen das Bombodrom oder die Beteiligung von DHL am Waffentransport, Aktionen gegen Werbeveranstaltungen der Bundeswehr, Demonstrationen und Blockaden gegen die Treffen der Nato, Anschläge und Sabotageakte gegen die Infrastruktur der Bundeswehr und Waffenlieferanten.

**Beteiligt Euch an den antimilitaristischen Aktivitäten, Organisationen und Bündnissen!
Krieg dem imperialistischen Kriege!**

Am 30. Juli soll in der Stuttgarter Innenstadt vor dem Neuen Schloß ein öffentliches Gelöbnis stattfinden. Mit dieser pompösen Vereidigungsshow versucht die Bundeswehr die gesellschaftliche Akzeptanz für ihre weltweiten Kriegseinsätze zu erhöhen und den öffentlichen Raum für ihr Kriegstreiben zu nutzen. Ein antimilitaristisches Bündnis wurde bereits gegründet um gegen dieses Treiben vorzugehen. Mit Massenblockaden rund um den Schlossplatz soll ein deutliches Zeichen gesetzt werden.

Achtet auf weitere Ankündigungen und beteiligt Euch an der Mobilisierung!

Protest, Widerstand und Klassenkämpfe in Griechenland

Die allgegenwärtige Krise hat den griechischen Staat besonders hart getroffen – nachdem er Milliarden für die Rettung des Finanzsektors verpulvert hat, steht er nun kurz vor dem Bankrott. Die Strategie der herrschenden Klasse – wie wir sie auch von hierzulande kennen – ist klar: die Folgen der Krise nicht auf die Schuldigen, sondern auf die arbeitende Bevölkerung abwälzen. In Griechenland trifft der Angriff die ArbeiterInnen allerdings schon mit voller Wucht: Massenentlassungen (vorsichtigen Schätzungen nach soll bald jeder dritte Jugendliche ohne Job da stehen), drastische Lohnkürzungen (ca. 12 % im öffentlichen Dienst), eine Anhebung des Renteneintrittsalters, die Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, Steuererhöhungen und massive Einsparungen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. 4,8 Milliarden Euro sollen so der arbeitenden Bevölkerung abgepresst werden – von einer massiven Verschlechterung der Lebensverhältnisse ist auszugehen.

Während die sozialdemokratische Regierung versucht, die geplante Rotschiffpolitik als „Stabilitätspakt“ und „Konsolidierungsplan“ zu verkaufen, spricht Dimitris Agavanakis, Vorstandsmitglied der kommunistisch orientierten Streikfront PAME von einem einmaligen Angriff durch den die „Errungenschaften und Rechte der Arbeiter auf ein Minimum zurückgedrängt werden sollen.“

Die Maßnahmen wurden von der griechischen Regierung in engster Zusammenarbeit mit den anderen EU-Staaten ausgearbeitet. So ist davon auszugehen, dass Griechenland als Testfeld für den Angriff auf den Lebensstandard breiter Bevölkerungsschichten in ganz Europa genutzt wird.

Die griechische Regierung behauptet es gäbe keine Alternative zum gnadenlosen Sparen, um die Krise zu überwinden. Man hätte ja bisher „über die Verhältnisse“ gelebt und die Mähr vom Gürtel, der angeblich immer enger geschnallt werden muss, bis keiner mehr Luft bekommt ist ja auch in ganz Europa bekannt. Doch ein Großteil der GriechInnen sieht das anders. Sie wollen

den Klassenkampf von Oben nicht einfach nur hinnehmen...

Gegenwehr

Umfragen bezeugen eine Gesellschaft am Rand der Verzweiflung – und bereit zum Widerstand. Unmut und Misstrauen gegenüber den Maßnahmen der Regierung sind überall zu vernehmen. Täglich steigt die Bereitschaft der Menschen, auf die Straße zu gehen. Massenaktionen, Streiks, Mobilisierungen und Besetzungen von Ministerien, Betrieben und Finanzinstituten erfahren eine hohe Akzeptanz. Millionen GriechInnen (zuletzt 75 % aller Beschäftigten in Industrie und im öffentlichen Sektor) beteiligen sich trotz der damit verbundenen Lohnverluste immer wieder an Generalstreiks, die – bisher nur an einzelnen Tagen – das gesamte öffentliche und wirtschaftliche Leben zum Erliegen bringen. Die griechische Bevölkerung ist nicht gewillt, die Angriffe einfach nur über sich ergehen zu lassen.

Die Regierung sieht die wachsende Bewegung mit zunehmender Sorge, warnt bereits jetzt vor anhaltenden Protesten und befürchtet soziale Unruhen und Volksaufstände.

Organisierung

In den Gewerkschaften, der organisatorischen Kraft der ArbeiterInnen und Arbeiter lassen sich zwei gegenläufige Tendenzen erkennen: Die Gewerkschaftsspitzen und Dachverbände, eng verbunden mit den bürgerlichen Parteien und in Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Regierung, setzen auf Sozialpartnerschaft und versuchen die erstarkende Streikbewegung auszubremsen und im Rahmen zu halten. Sie setzen sich für zeitlich begrenzte und isolierte Aktionen ein, bei denen die wütenden Massen „Dampf ablassen“ können. Während es von größter Wichtigkeit ist, die Einheit aller Arbeitenden in den Streiks und Aktionen aufrecht zu erhalten und weiterzuentwickeln, wird den beiden großen Dachverbänden vorgeworfen, sie trieben die

Spaltung in Arbeiter der privaten Wirtschaft und der Angestellten im öffentlichen Dienst, beispielsweise durch getrennte Mobilisierungen, auf provokative Art voran.

Doch viele der ArbeiterInnen und Angestellten an der Basis, die sich in „primären Syndikaten“ sammeln, sehen das Vorgehen der Dachverbände äußerst skeptisch und misstrauisch. Sie wollen sich nicht spalten lassen, organisieren sich selbst und beteiligen sich aus eigener Kraft an den Mobilisierungen und Streiks. Der Druck der linken Basisbewegung auf die Gewerkschaftsspitzen steigt von erfolgreichem Streiktag zu Streiktag. Die primären Syndikate und die kommunistisch orientierte Streikfront PAME kämpfen für eine Intensivierung der Mobilisierungen und die Ausweitung der Streiks bis hin zum unbegrenzten Generalstreik. Inzwischen übersteigen die Teilnehmerzahlen ihrer Kundgebungen und Demonstrationen die der Dachverbände um ein Vielfaches. „Die PASOK (sozialdemokratische Partei) wurde von der bürgerlichen Klasse, die sozialdemokratische Führung in den Gewerkschaftsorganisationen nutzend, einzig deshalb an die Macht gebracht, um diese Maßnahmen durchzubringen“ erklärte PAME-Führungsmittglied Vassilis Petropoulos vor den Streikenden.

Die revolutionäre Linke hat sich in Griechenland schon lange aus einer Randständigkeit befreit. Sie bildet ein zentrales Element der Streikbewegung, ihre Streikkomitees dienen als Kristallisationspunkt für die Massenproteste. Zur Bekämpfung der Krise propagiert sie ihr eigenes Programm: die entschädigungslose Enteignung aller Banken und die Unterwerfung der Großunternehmen unter Arbeiterkontrolle. Die Machtfrage die der Generalstreik dann aufwirft soll durch die Schaffung einer Arbeiterregierung gelöst werden. Statt Kompromisse einzugehen und der herrschenden Klasse zu helfen, die Krise „irgendwie“ (natürlich in ihrem Sinne) zu überstehen will sie genau diese Krise nutzen um eine revolutionäre Situation herbeizuführen und dem menschenverachtenden,



morschen System den Todesstoß zu versetzen. Stamoulis, Vorsitzender der Textilarbeitergewerkschaft formuliert das so: „Es muss gekämpft werden bis zum Schluss. Entweder sie oder wir. Wir werden uns nicht mit Arbeitslosigkeit, Armut und Elend abfinden, damit das Monopolkapital goldene Zahlen schreibt.“

Repression

Wie zu erwarten, lässt auch die Reaktion des Repressionsapparates nicht auf sich warten. Immer wieder kommt es zu brutalen Angriffen der Polizei. Wie z.B. im Dezember 2008, als Polizisten einen linken Jugendlichen auf offener Straße erschossen - die Quittung kam postwendend in Form von tagelangen Ausschreitungen und Streiks, die sich zum Jahrestag im vergangenen Winter wiederholten. Auch in diesem Frühling kommt es

– entgegen der Beteuerungen der Regierung, sie habe die Polizei zur Zurückhaltung angehalten – immer wieder zu massiven Übergriffen. Streikkundgebungen werden mit Gummigeschossen und Tränengas angegriffen und selbst eine Demonstration von RentnerInnen musste sich Auseinandersetzungen mit knüppelnden Sondereinheiten der Polizei liefern.

Doch die Bewegung konnten solche Angriffe bisher nicht aufhalten – sie wurde stattdessen größer, lauter und entschlossener. Aktuell wird der Aufbau von Selbstverteidigungseinheiten geplant, die von der Massenbewegung getragen und unterstützt werden.

Internationale Solidarität

Der Kampf der Griechischen ArbeiterInnen kann jetzt zum Weckruf für den Widerstand in ganz Europa werden. Auch in Italien, Spa-

nien und Frankreich spitzt sich die Situation weiter zu. Es kommt dort ebenfalls zu immer größeren Streiks und Massenmobilisierungen gegen die vermeintlichen Krisenlösungen des Kapitals, die sich mit der Bewegung in Griechenland solidarisch zeigen. Die Notwendigkeit, eine europaweite Bewegung gegen die neoliberalen Kürzungspläne aufzubauen haben schon viele erkannt. Wir, als kämpferische Bewegung in der BRD, können von der Streikbewegung in Griechenland vieles lernen und schließen uns ihrer Forderung an, sich - gerade in der Krise - nicht zur Stabilisierung des alten Systems missbrauchen zu lassen, sondern die Gelegenheit beim Schopfe zu packen, es zu zerschlagen und eine kommunistische Gesellschaftsordnung aufzubauen!

Antifaschismus & Repression

Antifaschismus bleibt notwendig und legitim

Am 19. und 20. April diesen Jahres wurde vor dem Stuttgarter Landgericht ein Berufungsverfahren gegen 7 Antifaschisten verhandelt. Die Staatsanwaltschaft warf ihnen einen gemeinsamen Angriff auf mehrere NPD-Faschisten nach einem Nazikonzert 2007 in Sindelfingen vor. Nachdem der erste Prozess 2008 vor dem Böblinger Amtsgericht trotz fehlender Beweise mit hohen Haft- und Bewährungsstrafen endete, schlossen Richter, Staatsanwaltschaft und Verteidigung vor dem Landgericht nun am zweiten Verhandlungstag einen Kompromiss, der das Strafmaß reduzierte und alle Strafen zur Bewährung aussetzte.

Die Angeklagten wurden in dem Verfahren aus verschiedenen Spektren der Linken mit Solidaritätsarbeit unterstützt. Am ersten Prozessstag kamen etwa 100 Menschen zum Gericht um den Prozess zu beobachten, um gegen das staatliche Vorgehen zu protestieren und um sich mit den Angeklagten zu solidarisieren. Auch in der bürgerlichen Presse wurde die Verhandlung thematisiert. Nicht zuletzt diese Faktoren sind für das Zurückrudern der Staatsanwaltschaft mitverantwortlich - auch wenn die erneute Verurteilung

und die Einlassung auf das Gericht nicht als politischer Erfolg zu werten sind.

Anlässlich des Prozesses haben wir mit einer an der Solidaritätsarbeit beteiligten Antifaschistin aus Stuttgart folgendes Interview zu antifaschistischer Militanz, Extremismustheorien und Repression geführt.

Welche Mittel sind notwendig und legitim um gegen Naziveranstaltungen erfolgreich vorzugehen?

Linda: Gerade bei eher klandestin organisierten Nazi-Events bestätigt sich die Forderung nach einem Antifaschismus auf allen Ebenen und mit allen angemessenen Mitteln. Das bedeutet konkret einerseits einen breiten und öffentlichkeitswirksamen Widerstand auf die Beine zu stellen und andererseits auf direkte und eben auch militante Interventionen nicht zu verzichten. Generell sollten antifaschistische Gruppen und Initiativen mit einer soli-



den Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit, sowie mit breit angelegten Demonstrationen und Veröffentlichungen die Grundlage für einen effektiven Antifaschismus legen. Dies aufgreifend und bekräftigend kommt dann der handfeste Beitrag militanter AntifaschistInnen hinzu. Insbesondere in der Region um Stuttgart sind zahlreiche kleinere antifaschistische Erfolge auf das Zusammenspiel zwischen direkten Aktionen gegen Faschisten und ihre Strukturen auf der einen und weitreichender Aufklärungs- und Bündnisarbeit auf der anderen Seite, zurückzuführen

Gerade im Zusammenhang mit der von dir erwähnten antifaschistischen Mili-

tanz werden im bürgerlichen Lager immer wieder Stimmen laut, die Rechts und Links in einen Topf werfen. Was steckt dahinter?

Linda: Die Gleichsetzung von linker Politik mit faschistischer Hetze gehört schon seit jeher zum Propagandaarsenal der Herrschenden. Sie soll fortschrittliche und revolutionäre Kräfte diskreditieren, spalten und letztendlich schwächen und den eigentlichen Charakter des Faschismus als eine der Herrschaftsformen der Kapitalistenklasse verschleiern.

Es ist völlig offensichtlich, dass unsere Perspektive einer solidarischen Gesellschaft den menschenverachtenden Bestrebungen der Faschisten konsequent entgegensteht. Sie sind es, die heute schon jeglichen gesellschaftlichem Fortschritt in vorderster Front und mit allen Mitteln bekämpfen - Sie greifen linke AktivistInnen und Strukturen an, hetzen die Ausgebeuteten gegeneinander auf, kanalisieren den Unmut über die gesellschaftlichen Verhältnisse auf rassistisch definierte und sozial benachteiligte Minderheiten und stehen mit ihren Zielen für nichts anderes, als die enorme Verschärfung der kapitalistischen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse. Sich gegen diese Rückschritte mit allen notwendigen Mitteln zu wehren ist und bleibt legitim und ist nicht im Geringsten mit rassistischen Angriffen und Ähnlichem zu vergleichen.

Doch zurück zur Frage: Mit den voranschreitenden Krisenfolgen spitzen sich die sozialen Missstände natürlich immer weiter zu. In einer solchen Situation, ist es für die Herrschenden von entscheidender Bedeutung, die revolutionäre Linke nicht nur durch Repression, sondern auch ideo-

logisch zu bekämpfen. Die Forderung nach gesellschaftlichen Alternativen soll dabei mit schwindelerregenden Geschichtsverdrehungen und der ständigen Gleichsetzung mit faschistischen Hetzern sofort abgewürgt und diskreditiert werden. Es geht aber auch um die Absicherung der bürgerlichen Parteien, die versuchen ihre Politik als „Mittelweg“ zwischen den Extremen darzustellen.

Neben der stets als Feind erkannten revolutionären Linken sind auch zahlreiche weitere fortschrittliche Kräfte betroffen, die sich nicht kampfflos mit den sozialen Zuspitzungen abgeben. Der, selbst im Koalitionsprogramm der Bundesregierung neu aufgeführte, „Kampf gegen den Extremismus“ wird uns gerade im Hinblick auf die erstarken sozialen Kämpfe sicherlich noch lange Zeit begleiten und viele Verleumdungs- und Hetzkampagnen beschreiben. Um diese ins Leere laufen zu lassen ist es nun vor allem wichtig, dessen Intentionen aufzudecken und unsere Positionen noch klarer und weitreichender zu vermitteln.

Warum sind gerade AntifaschistInnen immer öfter von besonders harter Repression betroffen ?

Linda: Antifaschismus ist momentan einer der vitalsten Teilbereiche linker und insbesondere revolutionärer Politik. Hier können mit einer relativ breiten Vermittlungsbasis immer wieder punktuelle Erfolge erkämpft und erste Organisierungsschritte getan werden. Deshalb ist der antifaschistische Kampf stets eine klare Zielscheibe der Repressionsorgane. Dass er damit nicht alleine ist, versteht sich von selbst. Die Klassenjustiz des bürgerlichen Staates ist eingerichtet, um die herrschenden kapitalistischen Verhältnisse

zu zementieren - der Kapitalistenklasse also die Macht zu sichern. Jegliche Organisationen und Bewegungen von unten, deren Kämpfe für wirkliche gesellschaftliche Veränderung stehen und sich dabei nicht immer an staatliche Spielregeln halten, werden mit besonderer Schärfe und Konsequenz juristisch verfolgt. Ganz egal, ob KriegsgegnerInnen, AntifaschistInnen, oder kämpferische GewerkschafterInnen - je höher die Aktivität und selbstbewusster das Auftreten, desto härter schlägt die Klassenjustiz zu. In diesem Zusammenhang wird deutlich, wie wichtig dem Staat das vehemente Bekämpfen des vergleichsweise hohen militanten Potenzials der antifaschistischen Kräfte ist. Selbstorganisierte antifaschistische Militanz, die sich gegen faschistische Strukturen und Akteure richtet, ist zugleich stets ein Angriff auf das staatliche Gewaltmonopol - und dessen Verteidigung ist nun einmal vorderste Aufgabe der Repressionsorgane. Für uns als militante AntifaschistInnen bedeutet das ständige staatliche Überwachung, Schikane, Kriminalisierungsversuche und eben Gesinnungsjustiz wie der Prozess gegen die sieben Antifas. Das ist aber natürlich kein Grund klein beizugeben. Wichtig ist, sich durch das staatliche Aufbäumen nicht einschüchtern, oder unsicher machen zu lassen. Eine effektive Antirepressionsarbeit ist nicht zuletzt die sorgsame und bewusste Handhabung von politischen Aktionen!

Mehr Infos zu den Prozessen und den Hintergründen finden sich unter:
www.antifaprozess.blogspot.com



Neues Soziales Zentrum in Stuttgart!
Wohl schon ab Mai wird es in Stuttgart ein großes Hausprojekt für linke Politik und ein unkommerzielles Kulturprogramm geben. Nutzt und unterstützt die Struktur und beteiligt Euch an der Gestaltung und Renovierung.
Infos unter: www.isz-stuttgart.de

len, verhindert werden. Hierfür reichen dezentrale Strukturen nicht aus. Wie auch in den einzelnen Teilbereichen, ist für dieses Ziel eine eigene Organisation notwendig: eine politische Kampforganisation, die staatlicher Repression standhält, sich nicht mit der Verwaltung des Kapitalismus beschäftigt, sondern an seiner Überwindung arbeitet, die revolutionäre Theorie und Praxis langfristig und kontinuierlich entwickelt, sich nicht in tagespolitischen Kämpfen abarbeitet, sondern deren Dynamiken für den revolutionären Prozess nutzt, Bildung und Information gewährleistet. Sie kann und darf die verschiedenen anderen Organisierungen dabei nicht ersetzen, sondern muss in einem dialektischen, sich ergänzenden Verhältnis zu ihnen stehen und die Selbstorganisierungen in den verschiedenen Bereichen ermöglichen und unterstützen.

Diese revolutionäre kommunistische Organisation, die hier ihren Teil zum weltweiten Kampf zur Überwindung des Kapitalismus und zum Aufbau einer befreiten Gesellschaftsordnung beibringt, kann nicht ersetzt werden. Das Ignorieren oder Leugnen dieser Tatsache, sei es zugunsten von aktionistischen Zusammenhängen, Bewegungen, Vernetzungen, Teilbereichsstrukturen oder anderen rein dezentralen Konzepten hat die revolutionäre Linke hier über Jahre geschwächt: die unzähligen, kaum über mehrere Jahre existenten, kaum etwas hinterlassenden Gruppen haben hier und dort vielleicht für eine gewisse Zeit Erfolge erzielt, für einen wirklichen revolutionären Prozess war ihr Beitrag zwangsläufig äußerst beschränkt. Es gilt sich jedoch auch von denen abzugrenzen, die ein schematisches oder dogmatisches Konzept zum Aufbau einer revolutionären kommunistischen Organisation verfolgten und verfolgen. Die notwendige Organisation wird nicht am Schreibtisch und nicht auf Sitzungen, sie wird nicht einfach in Abgrenzung

zu anderen Ansätzen oder in ständigen Aufrufen sich dieser oder jener Struktur anzuschließen geschaffen und kann auch nicht als Kopie früherer Konzepte Bestand haben.

Sie kann nur durch die eigene revolutionäre Theorie und Praxis geschaffen werden, durch das klare Ziel vor Augen, die Verankerung in den jetzigen realen Verhältnissen und die stetige theoretische und praktische Entwicklung.

Ein Organisationsmodell wie wir es für notwendig halten, muss in der BRD erst geschaffen werden. Es kann auf einer Fülle an Erfahrungen, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten gemacht wurden, aufbauen und an den Organisationsmodellen ansetzen, die in den letzten Monaten und Jahren in einigen Städten entstanden sind. So beschränkt alle diese Ansätze – uns eingeschlossen – auch noch sind, so gibt es doch Gemeinsamkeiten, die die Tendenz einer Strömung, die zum gemeinsamen Aufbau einer Organisation beitragen kann, erkennen lassen. Einige der zentralen Punkte an denen wir uns dabei orientieren, lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- ein proletarischer Klassenstandpunkt als Grundlage und damit erst die Möglichkeit einer revolutionären Politik, die den Klassenwiderspruch als den Antagonismus im Kapitalismus, der zu seiner Überwindung führen kann, erkennt und aufgreift.
- eine kontinuierliche revolutionäre Praxis in Form von Kampagnen, Mobilisierungen und anderen greifbaren Aktivitäten, anhand deren die eigene Theorie überprüft, neue Erfahrungen gewonnen, bewusste MitstreiterInnen gefunden und dem Opportunismus entgegengewirkt werden kann.

- der Aufbau der eigenen Organisation durch Bildungsarbeit, sowie die Anpassung der Struktur an sich verändernde Möglichkeiten und Notwendigkeiten und nicht das Beschränken auf einen rein aktionistischen Zusammenschluss.

- einen revolutionären Anspruch, der einzelne Tagesforderungen oder Etappensiege nicht ausschließt, aber dafür sorgt, dass das Ziel der Überwindung des Kapitalismus nicht für die Tagespolitik aufgegeben wird.

- ein Verständnis dafür, dass eine revolutionäre Veränderung nicht die Sache einer einzigen Strömung oder Organisation ist, dass einzelne Differenzen innerhalb der Linken durch Diskussionen zu lösen sind und einer Zusammenarbeit dort wo sie angebracht ist nicht im Wege stehen dürfen; dass Sektierertum und Grabenkämpfe einzig der Gegenseite nutzen und Solidarität eine der wichtigsten Komponenten in unserem Kampf ist.

Für einen revolutionären Aufbauprozess

Am 1. Mai rufen wir dazu auf, aktiv zu werden, im politischen Widerstand gegen Aufrüstung, Repression und Faschismus und im Klassenkampf gegen die Angriffe von Staat und Kapital. Wir rufen aber auch dazu auf, nicht bei Aktivitäten stehen zu bleiben, sondern fortschrittliche, linke und revolutionäre Strukturen zu stärken, aufzubauen und zu unterstützen. Debatten und eine politische Praxis sind kollektiv zu führen und zu organisieren, Aktionen und Mobilisierungen nachzubereiten, aus Fehlern zu lernen und auf den gemachten Erfahrungen aufzubauen. All das geht nicht vereinzelt. In allen Bereichen gilt es daher Strukturen des Klassenkampfes, des politischen Widerstandes und selbstverwaltete Freiräume zu organisieren.

Es gilt letztlich aber auch, sich nicht auf Strukturen in einzelnen Bereichen zu beschränken, sondern sie als Teil eines umfassenden revolutionären Aufbauprozesses zu verstehen. Es gilt kontinuierlich den Aufbau einer revolutionären kommunistischen Organisation zu diskutieren, vorzubereiten und zu entwickeln.

**Aktuelle Infos zu
Mobilisierungen und
Veranstaltungstermine:**

**www.revolutionaere-aktion.tk
& per Email-Newsletter
[siehe Infos dazu auf der Homepage]**